

Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen

Antworten des Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly, Stadt Nürnberg **Vizepräsident des Deutschen Städtetages**

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Stadt Nürnberg hat in diesem Jahr bisher rund 8.000 Flüchtlinge aufgenommen.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Aktuell unterhält die Stadt Nürnberg 79 Regelunterkünfte. Bei ca. 30 Einrichtungen von diesen handelt es sich um sogenannte dezentrale Unterkünfte (Kleinsteinheiten mit Wohnungszuschnitt). Bei allen anderen Unterkünften handelt es sich um Gemeinschaftsunterkünfte. Diese Unterkünfte sind aber sehr unterschiedlich ausgestattet, zum Beispiel ehemalige Hotels, Pensionen, Hostels, Studentenwohnheime, etc. mit eigenem Bad und teils eigener Kocheinheit, bei anderen wiederum handelt es sich um klassische Gemeinschaftsunterkünfte mit Bädern und Küche am Gang. Alle Unterkünfte über 50 Personen werden durch einen Sozialdienst vor Ort betreut, alle Unterkünfte unter 50 Personen werden dezentral (durch Bürozeiten) betreut. Momentan erhält die Stadt Nürnberg eine wöchentliche Zwangszuweisung von 280 Flüchtlingen nach dem Königssteiner Schlüssel. Da der Wohnungsmarkt in Nürnberg angespannt ist - es gibt faktisch kaum Leerstände (siehe auch *Anlage* zu strategischem Vorgehen der Stadt, um klassischen Wohnraum nicht zu vernichten) – kann dieser Zugang nicht durch Regelunterkünfte abgedeckt werden. Deshalb wurden Notunterkünfte (sogenannte Not-GUs) eingerichtet. Momentan befinden sich neun Not-GUs in Betrieb (Messeleichtbauhallen an zwei Standorten mit einer Kapazität von jeweils 450 Plätzen, Turnhallen an drei Standorten mit einer Gesamtkapazität von 600 Plätzen, ein ehemaliges Lebkuchengericht mit 500 Plätzen, ein ehemaliges Schwimmbad mit 350 Plätzen sowie ein ehemaliges Logistikzentrum mit 800 Plätzen. Weitere Notunterkünfte für insgesamt 2 200 Plätze sind derzeit an verschiedenen Standorten in konkreter Planung. Weitere Not-GUs werden hinzukommen. Bisher konnte die Unterbringung in Zelten vermieden werden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Nürnberg eine Dependence der Zentralen Aufnahmeeinrichtung in Zirndorf mit 700 Plätzen.

In allen städtischen Einrichtungen ist die Sozialbetreuung mit einem Schlüssel von 1:100 gesichert (die Stadt geht hier zu 100 % in Vorleistung). Die restlichen Flüchtlinge auf dem Stadtgebiet sind in Unterkünften der Regierung von Mittelfranken untergebracht (13 GUs und vier Notunterkünfte).

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Seit Anfang November gibt es ein Akquise-Team mit acht festen Mitarbeitern/innen aus verschiedenen Ämtern (zum Beispiel Liegenschaftsamt, Sozialamt, Gebäudemanagement). Vorher wurde die Akquise von vier Kollegen/innen aus dem Sozialamt übernommen.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Stimmung in der Bevölkerung ist bisher insgesamt noch positiv. Generell ist zu beobachten, dass je urbaner das bauliche Umfeld ist, desto weniger Bedenken bestehen bei der Nachbarschaft.

Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement ist ungebrochen. Es konnten in fast allen städtischen Unterkünften ehrenamtliche Helfer- und Unterstützercircle gebildet werden. Diese Etablierung erfolgt teils aus Eigeninitiative, durch einen Ehrenamtskoordinator im Sozialreferat und durch das "Zentrum Aktiver Bürger", eine Organisation, die als Partner zur Professionalisierung von Ehrenamt hinzugezogen wurde.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Sollten die hohen Zuweisungen anhalten, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Stadt Nürnberg irgendwann keine Plätze mehr vorhalten kann. Es wird aber alles daran gesetzt, weiterhin die Zuweisungen zu bewältigen. Zudem sind die Not-GUs nicht zur dauerhaften Unterbringung geeignet. Der Transfer von Not- in Regel-GUs dauert mit jeder Zuweisung länger.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Integration von Flüchtlingen findet überall dort statt, wo sie bereits Zugang zu den Regelinstitutionen haben (Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Schule, Kindergarten, Universität, Sportvereine). Besondere Bemühungen unternimmt die Stadt zusammen mit den weiteren Verantwortlichen beispielsweise in folgenden Bereichen:

- Kinder in Gemeinschaftsunterkünften werden frühestmöglich auf einen Kindergartenplatz vermittelt (Stadt Nürnberg) und nehmen hier auch an Deutschförderung teil.
- Kinder und Jugendliche besuchen allgemeinbildende Schulen: Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen (die überwiegende Mehrheit), Regelklassen an Grund- und Mittelschulen mit Deutschförderangeboten, in Einzelfällen auch spezielle Angebote der Realschulen und Gymnasien (überwiegend Freistaat Bayern, zum Teil kommunale Schulen; Sachaufwand durch die Stadt).
- Für spät eingereiste Jugendliche und junge Erwachsene haben die kommunalen Berufsschulen das spezielle Angebot „Berufsvorbereitungsjahr“ bzw. „Berufsintegrationsjahr zur sprachlichen Integration“ (BvJ-si und BIJ-si) entwickelt. Im Schuljahr 2015/16 werden 38 Klassen betrieben. Das Modell wird inzwischen bayernweit umgesetzt.
- Die Handwerkskammer hat gemeinsam mit der Stadt eine Erklärung veröffentlicht, wonach jugendliche Flüchtlinge gezielt in Ausbildung gebracht werden sollen, und ist um die Umsetzung bemüht.
- Das Bildungszentrum (Volkshochschule) bietet Alphabetisierungs-, Sprach- und Integrationskurse an.
- Die Beratungsstelle zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse bei der Stadt berät vermehrt auch Flüchtlinge.
- Die Stadtbibliothek hat ihre interkulturelle Bibliotheksarbeit erheblich erweitert und bietet Räume, Netzzugang und Materialien zum niedrigschwelligen Spracherwerb für

- Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Für die Unterkünfte werden derzeit mehrsprachige Medienkisten entwickelt.
- Der kommunale Sportservice hat eine haupt- und ehrenamtliche Koordinatorenstruktur für Sportangebote für Flüchtlinge etabliert und kann Angebote aus kommunalen Mitteln bezuschussen. Die über das Bildungs- und Teilhabepaket sowie über Spenden und kommunale Mittel finanzierbaren Angebote im Sport werden auch Flüchtlingen zugänglich gemacht. Profi-Sportvereine (zum Beispiel Fußball, Basketball) laden Flüchtlinge zum Besuch der Heimspiele ein.
 - Kultureinrichtungen (Museen, Kulturläden, Theater) machen spezielle Angebote.
 - Die kommunale Ehrenamtskoordination bündelt ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Angebote und vermittelt diese in die Gemeinschaftsunterkünfte, wo Sozialbetreuungen und Helferkreise die Teilnahme ermöglichen (zum Beispiel ehrenamtliche Sprachkurse, Einladungen zu Veranstaltungen oder Besichtigungen). In Kooperation mit der kommunal geförderten Freiwilligenagentur „Zentrum Aktiver Bürger“ werden weitere ehrenamtlich getragene Unterstützungsangebote entwickelt, zum Beispiel Bildungspaten.
 - Die Stadt hat ein großes Team ehrenamtlicher Übersetzer gewonnen, die (im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten) bestimmte Aufgaben übernehmen.
 - Die kommunale Beschäftigungsgesellschaft hat Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration konzipiert und führt diese, finanziert durch die Arbeitsagentur bzw. das Jobcenter, bereits durch.
 - Arbeitsagentur und Jobcenter entwickeln derzeit Ansatzpunkte für flächendeckende Erfassung, Kompetenzfeststellung und Beratung der Flüchtlinge.
 - Die Integration in den Wohnungsmarkt ist auch für auszugsberechtigte Flüchtlinge angesichts der angespannten Situation bei günstigem Wohnraum schwierig. Die Stadt kooperiert mit einem Wohlfahrtsverband im Projekt „move´in“, das mit ehrenamtlicher Unterstützung Familien in freie Wohnungen vermittelt.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Die praktischen Herausforderungen umfassen das gesamte „Integrations-Einmaleins“: Am schwierigsten fällt uns vermutlich die Bereitstellung von Wohnraum. Schaffen müssen wir auch die Vermittlung in Sprache, Bildung und Beruf im gesamten Lebenslauf: Kindergartenplätze, Beschulung, Sprach- und Integrationskurse für die Erwachsenen, Integration in Arbeit über direkte Vermittlung, Anerkennung vorhandener Qualifikationen und Nachqualifizierung. Integration in Sport, Kultur, Freizeit und Gesellschaft werden bei geschicktem Einsatz des großen zivilgesellschaftlichen Engagements dann schrittweise folgen. Es geht darum, aus dem Krisenmodus in einen geordneten Regelbetrieb zurückzufinden. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene liegt die besondere Herausforderung darin, die moralischen Kräfte der Zivilgesellschaft nachhaltig zu mobilisieren. Im politischen Diskurs wird es entscheidend darauf ankommen, in authentischer Weise sowohl Aufmerksamkeit für die Flüchtlinge zu zeigen als auch für die Anliegen der aufnehmenden Gesellschaft.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Wenn die Forderungen des Deutschen Städtetages auf Bundes- und Landesebene weitestgehend erfüllt sind, bin ich zuversichtlich, dass wir in den Kommunen unsere Aufgaben bewältigen können. Insgesamt wird es darauf ankommen, dass auf allen Ebenen – zwischen

den Staaten innerhalb der EU, unter den Bundesländern, im regionalen und im interkommunalen Verhältnis – gegenseitige Solidarität nicht nur beschworen, sondern auch praktisch gelebt wird.